

371/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 25.03.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Lunacek, Brosz, Freundinnen und Freunde

betreffend Aktion „Play Fair at the Olympics!“

Das olympische Ideal fordert Fairness im sportlichen Wettkampf. Diese Fairness sollte auch für die vom Hochleistungssport profitierenden Sportartikel-Erzeuger gelten. Es kann nicht angehen, dass Stars wie David Beckham mit diesen Firmen millionenschwere Werbeverträge abschließen, während gleichzeitig vielen Arbeiterinnen an den Produktionsstätten in Lateinamerika, Asien oder Afrika die fundamentalsten Arbeitsrechte, wie etwa eine gerechte Entlohnung, verweigert werden.

Die österreichische Clean Clothes-Kampagne, die nun gemeinsam mit Oxfam International und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund die Aktion "Play Fair at the Olympics!" gestartet hat, hat aufgezeigt, dass die Einhaltung von Mindeststandards oft nur ein leeres Versprechen der Sportartikel-Hersteller bleibt. Soziale und ökologische Mindeststandards für Unternehmen müssen auf internationaler Ebene geregelt werden. Es muss möglich werden, Verstöße gegen internationale Vereinbarungen, wie sie zum Beispiel im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO getroffen werden, zu ahnden.

Auch die Verantwortlichen in Österreich sind aufgerufen, im Vorfeld der Olympiade gegenüber Sponsorinnen als auch gegenüber den Sportlerinnen und den Vereinen auf diese Zusammenhänge aufmerksam zu machen und die Vorschläge der Aktion „Fair Play at the Olympics!“ zu unterstützen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere der Staatssekretär für Sportangelegenheiten wird aufgefordert, sich öffentlich für das Anliegen der Aktion „Fair Play at the Olympics!“ einzusetzen.

Weiters soll die Bundesregierung und insbesondere der Staatssekretär für Sportangelegenheiten im Vorfeld der heurigen Olympiade gegenüber dem ÖOC, gegenüber den Sportlerinnen und den Vereinen auf diese Zusammenhänge aufmerksam machen und

die Vorschläge der Aktion „Fair Play at the Olympics!“ zu unterstützen.

Die Bundesregierung wird weiters aufgefordert, sich im europäischen und im internationalen Rahmen für die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards der Sportartikel-Hersteller gegenüber deren MitarbeiterInnen einzusetzen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Sportangelegenheiten vorgeschlagen